

Solidarische Ökonomie

Die Frage nach dem gerechten Preis

Fairer Handel und die Notwendigkeit einer solidarischen Ökonomie im Zeitalter der Globalisierung*

Christoph Strawe

Fairer Handel genießt zunehmende Sympathien in unserer Gesellschaft. Denn eine wachsende Zahl von Verbrauchern bezieht nicht nur ökologische, sondern auch soziale Gesichtspunkte in ihre Kaufentscheidung ein. „Fair feels good“ lautet die Parole. Pioniere des fairen Handels sind die Weltläden, deren Arbeit nicht hoch genug geschätzt werden kann. Heute sind fair gehandelte Produkte auch in den großen Supermarktketten angekommen.

„Fair“ ist das Gegenteil von „unfair“, ungerecht. Es geht im Kern um eine gerechtere Preisbildung, die den Produzenten in den Ländern des Südens bessere Lebenschancen geben soll. Diese Absicht wird wohl kaum jemand kritisieren, das Konzept des gerechten Preises indes wird von den allermeisten Vertretern der Ökonomenzunft für nicht praktikabel gehalten. Es gebe keine Möglichkeit zur Bestimmung eines „gerechten“ Preises, nur von marktgerechten Preisen könne die Rede sein.

Der Preisaufschlag über den Weltmarktpreis im fairen Handel muss dieser Denkweise als in den Preis einge-

* Der folgende Artikel basiert auf Ausführungen, die ich am 4. November bei einer Veranstaltung des Weltladens Fulda, die vom Evangelischen Entwicklungsdienst EED gefördert wurde, und bei einer Tagung des studentischen Arbeitskreises „Postautistische Ökonomie“ am 11. November in Berlin gemacht hat. An einigen Stellen konnte ich mich dabei auch auf Ausführungen stützen, die Prof. Harald Spehl bei einer gemeinsamen Veranstaltung Anfang Oktober in Unterlengenhardt im Rahmen des Studiengangs Sozialentwicklung gemacht hat. Wer eine grundlegende Einführung in den Arbeitsansatz der assoziativ-solidarischen Ökonomie sucht, findet diesen in dem Buch von Udo Herrmannstorfer: *Scheinmarktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft*. Stuttgart, 3. Auflage 1997.

rechnete verdeckte Spende erscheinen, die mit Caritas, nicht aber mit Ökonomie zu tun hat. Die Parole der Weltläden „Gerechtigkeit statt Mitleid“ kann dann nur ein mitleidiges Lächeln hervorrufen. Und gesamtgesellschaftlich sehen solche Leute in der Absicht, in der Preisbildung nicht schlicht den „Markt“ wirken zu lassen, sondern die Lebenslagen der Beteiligten einzubeziehen, das Gespenst der Planwirtschaft, die von oben die Wirtschaft mit Normen vergewaltigt. Die ökonomische Globalisierung laufe nun einmal nach anderen Gesetzen ab als denjenigen der von Aristoteles, Thomas von Aquin und anderen Denkern postulierten Preisgerechtigkeit, und wer diese Realität nicht berücksichtige, gerate unter die Räder. Fairer Handel könne allenfalls in der Nische leben.

Gegenüber dieser herrschenden Meinung soll nun im folgenden aufgewiesen werden, dass es gerade die Globalisierung ist, die eine gerechte Preisbildung nicht nur aus ethischen, sondern vor allem aus ökonomischen Gründen immer mehr erforderlich macht.

Wachwerden für die Globalisierung

Erst seit den 90er Jahren ist das Wort Globalisierung in aller Munde. Eine Reihe neuer Phänomene wecken die Öffentlichkeit dafür auf, dass sich entscheidende Veränderungen vollzogen haben. Der Konkurrenzkampf der Standorte tobt. Verteuertem früher hohe Transportkosten Güter aus fernen Kontinenten, so spielt dieser Faktor jetzt eine immer geringere Rolle. Wo alles überall hergestellt werden kann, machen den entscheidenden Unterschied der Standorte die Lohn- und Sozialkosten und die Steuern aus. Zahnersatz aus China wird so lohnend.

Arbeitsplätze werden in großem Stil verlagert, von Deutschland nach Tschechien, von Tschechien nach Rumänien, von Rumänien nach Weißrussland und China. Eine drastische Reduzierung von Steuern und Sozialkosten erscheint vielen als einziger Weg zur Standortsicherung und damit zum Erhalt von Arbeitsplätzen. Einerseits führt wachsende Produktivität zum Arbeitsplatzabbau, andererseits wird die Konkurrenz um die verbleibende Erwerbsarbeit härter. Die Finanzspekulation blüht. Multinationale Konzerne fusionieren zu noch größeren globalen Playern. Die Umweltprobleme wachsen.

Die Produktivitätsentwicklung als solche ist dabei nicht das Problem: dass wir in kürzerer Zeit mit weniger Arbeitskräften mehr herstellen können, wäre sogar eine riesige Chance, wenn wir die damit verbundenen Umverteilungsprobleme lösen würden. Auch dass Arbeiten in andere Länder verlagert werden, ist nicht an sich ein Unglück - dazu wird es allenfalls dadurch, dass die weltweite Konkurrenz von Sozial- und Steuersystemen eine Abwärtsspirale antreibt, die die sozialen Gegensätze innerhalb der einzelnen Länder und den weltweiten Nord-Süd-Gegensatz ständig weiter verschärft. In 21 Ländern haben sich die Lebensbedingungen zwischen 1990 und 2001 teilweise erheblich verschlechtert, so die UN-Abteilung für die Entwicklung der Menschheit (UNDP) in ihrem Jahresbericht 2003. Allen Kampfansagen gegen die Armut zum Trotz ist die Zahl der

Hungernden weltweit auf 852 Millionen gestiegen, so der UNO-Sonderbeauftragte Jean Ziegler in seinem letzten Bericht.

In Deutschland ist eine Debatte über den Begriff der „Unterschicht“ entbrannt, nachdem Studien ergeben haben, dass die Kluft zwischen oben und unten in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie so groß war wie jetzt und dass vor allem Hartz IV-Empfänger zunehmend prekariert werden. Gleichzeitig explodieren die Managergehälter, während das Vertrauen in die Demokratie gefährlich abnimmt, wie Umfragen zeigen.

Die Hoffnung von 1989, auf die „eine Welt“ der Nachhaltigkeit und der Solidarität des Nordens mit dem Süden - nach der Überwindung des Ost-West-Konflikts - haben sich nicht erfüllt. Von den „Angreiferstaaten“ Indien und China war jüngst in einem Artikel eines großen deutschen Nachrichtenmagazins die Rede, gegen die eine Wirtschafts-NATO in Gestalt einer Transatlantischen Freihandelszone gebildet werden müsse.

Globalisierung und Individualisierung

Die Globalisierung drohe den Globus zu zerstückeln, wenn sie nicht gestaltet werde, so der verstorbene Johannes Rau in seiner Berliner Rede als Bundespräsident im Jahre 2002. Aber kann sie überhaupt gestaltet werden? Oder muss man sie schlicht als ein Unglück für die Menschen bekämpfen?

Die Antwort auf diese Frage hängt davon ab, was man als das Wesen und den historischen Ort der Globalisierung ansieht. In den 90er Jahren gipfelt im Grunde nur etwas auf, was von Anfang an zu dem Bewusstsein der Erde als „Globus“ gehört, das unsere Neuzeit prägt. Zugleich entsteht aber auch der Mündigkeitsanspruch des einzelnen Menschen, das Streben nach Freiheit und Gleichheit. Globalisierung und Individualisierung gehören insofern zusammen, sind zwei Seiten der gleichen historischen Entwicklung.

Die alten überkommenen Gemeinschaftsverhältnisse werden damit nach zwei Seiten hin aufgebrochen: der Einzelne emanzipiert sich von der Vormundschaft der Gemeinschaft, die Entwicklung der Ökonomie überwindet die Beschränkungen regionaler Selbstversorgung und spannt ein Netzwerk von arbeitsteiligen Zusammenarbeitsverhältnissen über den ganzen Globus aus. Der Demokratie- und Menschenrechtsimpuls kommt auf und erzwingt zunehmend eine Neuordnung des Miteinander der Menschen.

Es liegt in der historischen Tendenz der Globalisierung, dass die Menschheit zunehmend ein Ganzes wird, zugleich aber der Einzelne sich in selbstbestimmter Weise in dieses Ganze einzubringen versucht und seine Beziehungen zu anderen auf der Basis der Gleichheit all dessen, was Menschenantlitz trägt, ordnen will. Das ist eine in der Menschheitsgeschichte noch nie da gewesene Situation mit noch nie da gewesenen Chancen. Wirklichkeit werden diese allerdings nur, wenn die Individualisierung sich nicht im Egoismus festfährt, sondern als verantwortlich gelebte Freiheit wirkt. Insofern liegt ein Schatten über der modernen Entwicklung, mit dem

sich der einzelne Mensch und die gesamte Menschheit immer wieder auseinandersetzen müssen. Der Nord-Süd-Konflikt hängt eben damit zusammen, dass die europäische Expansion massiv gegen die Forderungen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verstoßen hat, die in Europa und Nordamerika erstmals erhoben wurden, die aber dann dem Süden verweigert wurden, der sie heute mit Recht vom Norden einklagt.

Die moderne Ökonomie: Teilung der Arbeit und Fremdversorgung

Die moderne Wirtschaft ist Fremdversorgungswirtschaft, in der wir nicht für uns selbst, sondern objektiv für andere arbeiten - so sehr unser Denken und die gesellschaftlichen Einrichtungen auch noch von der eingewurzelten Selbstversorgungsmentalität geprägt sein mögen. Weil wir in der Arbeitsteilung füreinander tätig sind, ist der modernen Ökonomie das Prinzip der Geschwisterlichkeit oder der Solidarität immanent. In ihrer Tiefe ist sie immer schon solidarische Ökonomie. Ausbeuterei und Profitgier sind daher nicht nur ethisch verwerflich, sondern auch ökonomisch - verstoßen sie doch gegen das immanente Prinzip der Ökonomie selbst: „... nicht ein Gott, nicht ein sittliches Gesetz, nicht ein Instinkt fordert im modernen wirtschaftlichen Leben den Altruismus im Arbeiten, im Erzeugen der Güter, sondern einfach die moderne Arbeitsteilung.“ (Rudolf Steiner, Nationalökonomischer Kurs, 1922, GANr. 340, 3. Vortrag).

Wie hängt das mit der Frage nach der Preisbildung zusammen? Die moderne Wirtschaft ist Geldwirtschaft, der Geldausdruck des Werts einer Ware bzw. Leistung ist der Preis. Wenn wir zum Beispiel ein Produkt wie den Kaffee nehmen, so spannt sich die Zusammenarbeitskette von der Produktion auf der Plantage bis zum Einzelhandelsgeschäft, wo der Endverbraucher den Kaffee kauft. Dazwischen liegen Stufen der Weiterverarbeitung, des Transports und der Veredelung und der Großhandel. Jede Stufe ist auch wieder Bestandteil anderer Ketten, die Transportstufe z.B. ist Abnehmer der Werftindustrie bzw. der Autoindustrie usw. Es fließt ein Warenstrom von der Produktion zum Endverbrauch, bei dem die Ware, der Kaffee, in eine konsumierbare Form gebracht, „aufgewertet“ wird. Wir sprechen deshalb auch von Wertschöpfungsketten.

Preisformel

„Ein richtiger Preis ist dann vorhanden, wenn jemand für ein Erzeugnis, das er verfertigt hat, so viel als Gegenwert bekommt, dass er seine Bedürfnisse, die Summe seiner Bedürfnisse, worin natürlich eingeschlossen sind die Bedürfnisse derjenigen, die zu ihm gehören, befriedigen kann so lange, bis er wiederum ein gleiches Produkt verfertigt haben wird.“

(Rudolf Steiner: Nationalökonomischer Kurs, 1922, GANr. 340, Sechster Vortrag)

Indem der Kunde sein Portemonnaie zückt und für ein Pfund Kaffee im Laden einen bestimmten Preis bezahlt, setzt er einen Geldstrom in Bewegung, der gegenläufig zum Warenstrom fließt: die Summe, die der Einzelhandel über den Endpreis einnimmt, teilt sich im Rückfluss auf alle Unternehmen auf, die an der Wertschöpfungskette beteiligt sind. Der Einzelhändler zahlt den Großhändler, er zahlt seine Steuern, seine Ladenmiete usw., tätigt seine Investitionen. Was als Ertrag übrigbleibt, kann als Einkommen unter alle Mitarbeiter verteilt werden. Und so geht es weiter auf allen Stufen, bis sich alles in Einkommen aufgelöst hat. Über die mögliche Einkommenshöhe und damit die Lebenslage der Beteiligten wird mit dem Preis eine wesentliche Vorentscheidung getroffen. Auf diesem Wege werden wir mitverantwortlich für die Lebenslage unserer Wirtschaftspartner. Erzielt jemand einen schlechten Preis, d.h. muss er viel arbeiten und bekommt fast nichts dafür, dann geht es ihm schlecht, erzielt er einen im Verhältnis zu seinem Aufwand hohen Preis, geht es ihm gut.

Dadurch ist die Preisfrage die „Kardinalfrage des Wirtschaftslebens“ (Rudolf Steiner). Das Preisgefüge ist daran zu messen, dass es sowohl ermöglicht, unter angemessenen („fairen“) Bedingungen zu leisten und unter ebenfalls angemessenen Bedingungen Leistung in Anspruch zu nehmen (zu kaufen). Erwerbe ich zu billig, beute ich den Produzenten aus, vor allem den am Ende der Kette, an der Naturseite (Rohstoffe, Landwirtschaft usw.), der vorliebnehmen muss mit dem, was übrigbleibt. Verkaufe ich zu teuer, beute ich den Abnehmer aus.

Der „gerechte“ Preis ist so ersichtlich nicht nur eine Gerechtigkeitsfrage, sondern auch eine ökonomische Gleichgewichtsfrage: Ist der Preis zu hoch, kann irgendwann nicht mehr gekauft, ist er zu niedrig, kann irgendwann nicht mehr geleistet werden. Daher ist der gerechte Preis zugleich der ökonomisch „richtige“. Wir werden allerdings noch genauer hinschauen müssen, um was für eine Art Richtigkeit es sich handelt. Man sieht zunächst, dass es in irgendeiner Form zu einer Aufteilung des Endpreises kommen muss, wobei das Nächstliegende wäre, zwischen allen Beteiligten eine Verständigung über die angemessene Marge auf jeder Stufe herbeizuführen. Warum dieses Nächstliegende eine so untergeordnete Rolle in der gegenwärtigen Ökonomie spielt, werden wir noch zu betrachten haben. Ebenso die Frage, wieso heute in der Regel nicht Ertrag geteilt, sondern Arbeit bezahlt wird.

Einen Bestimmungsgrund des Preises haben wir allerdings noch gar nicht betrachtet: Verbilligung durch Senkung des Aufwands. Je mehr aufzuwendende Arbeit, um so höher wird tendenziell der Preis. Einsparung von Arbeitsaufwand durch Intelligenzeinsatz (Arbeitsorganisation, Technik) macht niedrigere Preise möglich. Wichtig ist, sich klarzumachen, dass „Erträge“ die durch die Ersparnis von Arbeit entstehen, nicht zu Lasten anderer gehen. Deshalb darf man hier nicht von Ausbeutung sprechen. Wohl aber kann solcher Produktivitätsgewinn zur Verbesserung der Lage anderer eingesetzt werden, und auch hier ist die Frage der Verteilungsgerechtigkeit zu lösen.

Widerstände gegen notwendige Veränderungen und die Gründe dafür

Woher kommt das Credo der Ökonomen, es gebe keinen gerechten, sondern nur einen marktgerechten Preis, und eine Preisbildung, die auf die Lebenslagen der Beteiligten Rücksicht nimmt, sei eine Illusion?

Es hängt zusammen mit den Widerständen, die sich generell gegen eine moderne Sozialgestaltung erheben. Da ist das Misstrauen in die eigene Fähigkeit, mit Freiheit verantwortlich umzugehen, mehr aber noch das Misstrauen in die entsprechenden Fähigkeiten anderer. Dieses Misstrauen erleben wir auch anderswo: beim Widerstand gegen direkte Formen der Demokratie oder dagegen, eine freies Schulwesen nicht nur als Randerscheinung im Bildungswesen zu dulden, sondern Freiheit und Selbstverwaltung ganz allgemein zum axialen Prinzip des geistig-kulturellen Lebens zu machen.

In der Ökonomie drückt sich dieses Misstrauen in der auf Adam Smith zurückgehende Prämisse aus, der homo oeconomicus sei ein nur nach der Maximierung des eigenen Vorteils und Genusses strebender Egoist. Folglich muss er durch Gewinnerwartungen dazu getrieben werden, etwas zu tun, was Egoisten normalerweise nicht tun: für andere zu arbeiten, wie es die Arbeitsteilung verlangt. Diese, davon ist auch Adam Smith überzeugt, ist die Quelle einer ungeheuren Steigerung der Produktivität und damit des Reichtums.

So ergibt sich ein bestimmtes, bis heute weithin akzeptiertes Modell des Marktes: Angebot - auf höchsten Gewinn aus - und Nachfrage - auf billigsten Erwerb aus - begegnen sich. Die Konkurrenz sorgt dafür, dass nicht die Bäume eines einzelnen Marktteilnehmers in den Himmel wachsen. Vielmehr schleifen sich die Egoisten aneinander ab und hinter dem Rücken der Akteure, wie durch eine unsichtbare Hand bewirkt, tritt eine Verteilung im Sinne des größten möglichen Wohlstands aller ein. Damit dies funktioniert, soll der Staat einerseits die Einhaltung der Konkurrenzregeln erzwingen, aber im übrigen nicht in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen. Verständigungsprozesse über gerechte Preisbildung sind in diesem Modell nicht nur überflüssig, sondern sogar schädlich, denn: Müssen nicht Absprachen zwischen Egoisten prinzipiell zu Lasten Dritter gehen? Sie führen zur Kartellbildung und setzen den Marktmechanismus mit seinen wohltätigen Wirkungen außer Kraft: Preise macht der Markt, und damit basta!

Alternative: Staat oder Markt oder was?

Kritiker eines solchen Marktfundamentalismus haben immer wieder darauf hingewiesen, dass das Marktmodell, das der heutige Neoliberalismus von Adam Smith übernommen und teilweise noch radikalisiert hat, nicht den Realitäten entspreche. Nur die Schaffung sozialer Sicherungssysteme habe im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts das Marktversagen ausgleichen können und das Arbeiterelend verringert. Denker wie Silvio Gesell hielten das Marktmodell zwar im Bereich der Güterproduktion für richtig, vertraten aber die Auffassung, dass die Geld- und Bodenordnung erst verändert werden

müssen, um eine Marktwirtschaft ohne ausbeuterischen Kapitalismus zu ermöglichen.

In Deutschland gilt heute vielen die Situation auf dem Energiemarkt, wo die Liberalisierung mitnichten zu einer Verbilligung geführt hat, als Beweis für das Versagen des Marktes und als Begründung für die Forderung nach einer strengeren strafbewehrten Kartellgesetzgebung, die striktere Genehmigungsregeln für Fusionen einschließt. Auch ruft man nach einer Verschärfung der Verbraucherschutzgesetzgebung als Gegengewicht gegen manipulative Werbung und Umgehung von Grenzwerten für Schadstoffe u.ä. Durch Ökosteuern, Abgaben oder Umweltauflagen müsse man ökologisch schädlichen Wirkungen der Ökonomie beikommen. Das würde natürlich verschärfte Kontrollen erfordern, wogegen wiederum das Argument angeführt wird, dies sei ein erster Schritt in planwirtschaftliche Verhältnisse, die niemand wünschen könne.

Die Gegenthese, die seit Ende der 80er Jahre die Oberhand gewann, lautet: Eine Überregulierung durch den Staat habe die Marktkräfte gefesselt („Staatsversagen“), Deregulierung liege daher im Interesse des Gemeinwohls. Marktmacht sei nur ein vorübergehendes Phänomen, dem man durch Sicherstellung der Wirksamkeit der Konkurrenz begegnen müsse. Eine Überdehnung des Verbraucherschutzes führe zur Bevormundung des Verbrauchers. Gegen Rückwirkungen des Marktgeschehens auf die Natur sei marktwirtschaftlich vorzugehen, indem zusätzliche Märkte geschaffen werden (Beispiel: Handel mit Emissionszertifikaten).

Ausbruch aus dem Zirkel falscher Alternativen

Alle diese Debatten bewegen sich im Spannungsfeld von Staat und Markt. „Weniger Staat, mehr Markt“ rufen die einen, „weniger Markt, mehr Staat“ die anderen. Aber ist das nicht eine Scheinalternative, die darüber hinwegsieht, dass zuallererst die ökonomischen Akteure gefragt wären, wenn es darum geht, die Ökonomie sozial und solidarisch zu machen? Denn Solidarität ist eine Verhaltensweise, die sich nur in der Gestaltung ökonomischer Prozesse von innen, durch die beteiligten Menschen, entwickeln kann. Modelle, die davon geprägt sind, dass der Beobachterstatus nicht verlassen, d.h. die Ökonomie nur von außen angeschaut wird, bieten keinen Raum für Solidarität. Eine solidarische Ökonomie verträgt sich weder mit der Vormundschaft des Staates - selbst wenn sie in milderer Formen auftritt als in der Planwirtschaft - noch mit der Vormundschaft des Marktes. Das Marktmodell spricht die Ökonomie im Grunde frei von sozialer Verantwortung. Es wird ein Menschenbild kultiviert, das dem wirklichen Menschen nicht entspricht. Der Mensch hat eben nicht ausschließlich egoistische Neigungen, er zeigt auch immer wieder das Bestreben, seine Fähigkeiten einzubringen, um gute Leistungen für andere zu erzielen. Weil das Marktmodell diese Seite ausblendet, stachelt es den Egoismus geradezu an. Es spricht im Grunde dem Menschen die Entwicklungsmöglichkeit der Sozialfähigkeit ab.

Dass die Globalisierung heute so problematische Formen annimmt, hängt mit diesem „neoliberalen“ Paradigma zusammen. Beseitigung aller Handelshemmnisse,

Deregulierung der Finanzmärkte usw. lautet das Credo der „Trinity“ von Internationalem Währungsfonds (IWF), Weltbank und Welthandelsorganisation WTO. Der IWF mit seiner „Strukturanpassungsprogrammen“ und die WTO mit ihrer Tendenz, einen marktfundamentalistischen Freihandelsansatz auf die Landwirtschaft, nahezu alle Dienstleistungen und sogar auf die lebendige Natur (Patenschutz für Pflanzen) auszudehnen, sind dabei, eine Welt zu schaffen, die der amerikanische Autor Benjamin Barber einmal als „McWorld“ bezeichnet hat und in der alle Versuche, eine Sozialbindung der Wirtschaft zu gewährleisten als Handelshemmnisse ausgehebelt werden können. In der auf diese Art vorangetriebenen Globalisierung funktionieren die klassischen Rezepte gegen das Marktversagen nicht. Beim europäischen Sozialstaatsmodell ist bereits deutlich erkennbar, wie es unter dem Druck der Standortkonkurrenz brüchig wird, jedenfalls solange es nicht gelingt, gegenüber dem globalen Wettbewerb neutrale Formen seiner Finanzierung zu entwickeln. Denn die Nationalstaaten stecken gegenüber den Multis in der „Globalisierungsfalle“.*

Wege zu einer solidarischen Ökonomie

Wir brauchen also einen umfassenden Paradigmenwechsel. In welche Richtung er führt, wurde unter der Überschrift Globalisierung und Individualisierung bereits angedeutet. Für die Ökonomie bedeutet er Überwindung der unfairen globalen Terms of Trade (Handelsbedingungen), also fairen Handel statt „Freihandel“. Er bedeutet Dominanz des Kooperations- und Verständigungsprinzips an Stelle des Konkurrenzprinzips.

Was aber wäre nun zu bedenken, wenn eine Verständigung über gerechte, faire Preise praktisch im großen Stil und Maßstab zustande kommen soll? - Der Einzelne ist hier mit seinem Urteilsvermögen schlechthin überfordert. Gerade wegen der Weiträumigkeit der modernen Ökonomie überschaut ein Einzelner nur ein Segment. Als Einzelner kann er nicht beurteilen, ob der Preis für Bananen, Kiwis oder einen Trainingsanzug angemessen ist oder nicht, weil er nicht durchschauen kann, wie die Aufteilung des Endpreises sich vollzieht, wer bei der Aufteilung des von ihm bezahlten Endpreises was bekommt und wie sich das auf seine jeweilige Lebenslage auswirkt. Selbst wenn mir der Preis zu niedrig vorkommt, kann ich das Problem nicht dadurch lösen, dass ich dem Verkäufer 20 Euro mehr in die Hand drücke - sie kämen doch nicht da an, wo sie meiner Vermutung nach hingehören.

Beim fair gehandelten Produkt ist es anders: Dort haben ja bereits Verständigungsprozesse stattgefunden, die zu transparenten und nachvollziehbaren Kriterien der Preisgerechtigkeit geführt haben. Allerdings wird dort meist der faire Preis vom Weltmarktpreis her definiert (Weltmarktpreis + Aufschlag von X Prozent). Auch wird manchmal versucht, „objektive Kriterien“ von außen als Standards zu definieren. Wenn das auch im Einzelfall dazu führt, dass den Produzenten mehr Gerechtigkeit widerfährt und ihre Leistungen angemessener bewertet

* Vgl. z.B. Harald Spehl: Wie kann man Sozialsysteme unter den Bedingungen des globalen Wettbewerbs gerecht finanzieren? (ref. C. Strawel). In: Sozialimpulse. Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 3/2006.

werden, so ist es doch kein Weg, um im großen Stil die wirtschaftlichen Verhältnisse umzuformen, also auch den Weltmarktpreis selbst zu korrigieren.

Um auf das Beispiel mit den 20 Euro zurückzukommen: Man sieht daran, dass Einzelurteile in der Ökonomie sich auf keine umfassende und damit ausreichende Erfahrungsgrundlage stützen können. Dadurch müssen sie geradezu falsch werden. - Die Urteilsunsicherheit betrifft im übrigen auch Produzenten und Händler, die - wenn auch auf Marktforschung gestützt - letztlich auch nur vermuten können, was der Kunde honorieren wird.

Wenn man die Ökonomie weder dem Markt noch bürokratischer Staatskontrolle überlassen will, sondern den Beteiligten selbst die Gestaltungsverantwortung geben möchte, so lautet daher die Schlüsselfrage: Wie sind richtige, der Lebenswirklichkeit angemessene soziale Urteile im Wirtschaftsleben möglich?

In kleinräumigen sozialen Verhältnissen ist der Markt selbst noch ein Ort, wo ein Gespräch stattfindet, das durchaus die Lebenslagen der Beteiligten mit einbezieht. Auch heute kommt das noch vor, wo sich Anbieter und Nachfrager direkt gegenüber treten. Wenn ich z.B. mit einem Schreiner über die Anfertigung eines Schrankes verhandele, wird es sowohl um den im Hinblick auf Aufwand und Lebensrealität angemessenen Preis gehen, als auch um Form und Funktion, vielleicht um ökologische Gesichtspunkte bei der Auswahl von Holz und Lack. Der Preis, der auf diese Weise zustande kommt, hat den Charakter eines sozialen Urteils. Das Urteil muss nicht automatisch richtig sein, aber hier besteht zumindest die Chance, zu einem richtigeren Urteil zu kommen. In der Anonymität gibt es diese Chance nicht.

Assoziation als gesellschaftliche Lösung

Der Grundgedanke

Im regionalen Maßstab oder im Maßstab einer ganzen Branche ergibt sich eine solche Situation, die Verständigung erlaubt und damit Handlungsräume in Bezug auf die Gestaltung von wirtschaftlichen Verhältnissen eröffnet, nicht von selbst. Vielmehr muss man sie erst herstellen, indem man eine Art runden Tisch zwischen Vertretern der beteiligten Akteure bildet: Produktion und Verarbeitung - Zirkulationsstufen, Handel usw. - Endverbraucher. Solche Organe nennt man Assoziationen, die Wirtschaftsform, die auf der Tätigkeit solcher Organe beruht, nennen wir assoziatives Wirtschaften.

Funktionen von Assoziationen

Assoziationen sind Begegnungsorte. Ohne solche Begegnung kann sich kein Interesse an den Problemen des Wirtschaftspartners entwickeln. Während der Konzern oder gar ein Kartell oder Monopol eine Form

der Interessenbündelung darstellt, ist die Assoziation ein Ort des Interessenausgleichs, schon dadurch, dass tendenziell immer alle Beteiligten, so gut es eben möglich ist, einbezogen werden - also nicht nur die Gruppe der Produzenten oder die der Händler oder die der Konsumenten. Natürlich wird zunächst einmal jede Gruppierung ihre Interessen einbringen und artikulieren. Produzenten wollen möglichst teuer verkaufen, Konsumenten möglichst billig kaufen, der Handel will eine möglichst große Spanne haben. Die Begegnung und der Dialog bieten jedoch die Chance, die eigenen Interessen im Hinblick auf die Lebenssituation des anderen zu relativieren und so zu einem Ausgleich der Interessen, zu tragfähigen und fairen Lösungen zu kommen. Es ist natürlich ein Unding, diesen Interessenausgleich zwischen allen Partnern einer kartellartigen Interessenverstärkung gleichzusetzen und ihn als „Absprache“ mit der Waffe des Kartellrechts zu unterbinden.

Assoziationen sind Selbstverwaltungsorgane des Wirtschaftslebens, die eine unbürokratische Vernetzung von unten ermöglichen. Sie sollen „Organe der gegenseitigen Ergänzung der wirtschaftlichen Sacherfahrungen, des in der jeweiligen Wirtschaftspraxis erworbenen Realitäts-Gespürs der beteiligten Praxisvertreter (nicht Funktionäre!) sein. So sind die Assoziationen Organe des Erfahrungsaustauschs. Erst die so zusammenklingenden Erfahrungen können die Grundlage sinnvoller Urteile sein, an denen der einzelne sein Verhalten im Hinblick auf dessen Folgen für das Ganze überprüfen kann. Im Wirtschaftlichen zählt nicht das Einzelurteil, sondern die gegenseitige Ergänzung der Urteilskraft. Insofern sind die Assoziationen Organe selbsttätiger Vernunft, in denen „objektiver Gemein Sinn“ (Rudolf Steiner) gepflegt werden kann.“^{*} Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit entsteht dabei auf der Basis der Freiwilligkeit, das heißt durch Verabredungen und Verträge.

Assoziative Wirtschaft: zwischen Planwirtschaft und Marktwirtschaft

Assoziationen setzen den Markt nicht außer Kraft, aber sie ordnen und gestalten ihn. Der Preis, der sich spontan am Markt bildet, wird weder wie in der Planwirtschaft durch politisch gewollte Preise ersetzt und damit als Bewusstseinshilfe ausgeschaltet, noch einfach als letztinstanzliches Urteil des Marktes hingenommen. Vielmehr arbeitet man gemeinsam darauf hin, dass das aus ökonomischen, sozialen und ökologischen Gründen wünschenswerte Preisgefüge entsteht. Assoziationen bieten auch die Möglichkeit, sich vor Dumping und unlauterem Wettbewerb zu schützen, die dort keine Chance haben, wo die entscheidenden Akteure in einer Region sich einig sind. Eine große Bedeutung könnten die diese Schutzfunktion z.B. für Länder des Südens zur Abwehr der ihre Märkte zerstörenden Agrarexportsubventionen etwa der USA und der EU haben.^{**}

* Christoph Strawe: Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben. Assoziative Wirtschaft - Utopie oder aktuelle Gestaltungsaufgabe? (Die Drei, Nr. 2/1994, http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/wirtschaftsleben.html).

** Vgl. Christoph Strawe, Nicanor Perlas: Farming after Cancun: Agriculture in the WTO and beyond. http://www.globenet3.org/Features/Feature_Farming_After_Cancun.shtml

Weltwirtschaft als Organismus von Regionen

Assoziatives Wirtschaften geht von der Realität der Globalisierung aus, jedoch versteht sie - im Gegensatz zum Marktfundamentalismus - die Weltwirtschaft nicht als einen Raum des freien Vagabundierens von Kapital, sondern vielmehr als ein Gefüge, in dem jede einzelne Region ein schützenswerter Lebensort ist. Gerade in der Landwirtschaft, dem Naturpol der Ökonomie ist der Regionalgedanke zentral, wie er gegenwärtig auch von der Regionalgeldbewegung artikuliert wird.

Anknüpfen am Bestehenden

„... Assoziationen müssen nicht künstlich neu geschaffen werden, sondern lassen sich auf den verschiedensten Märkten organisieren, wenn die Beteiligten es wollen“, so Harald Spehl*. Wir finden solche Ansätze vielfach im Bereich der Investitionsgütermärkte, es gibt lokale und regionale Erzeuger-/Verbrauchergemeinschaften und man kann in vielen Bereichen von den heute gegebenen Verhältnissen Entwicklungsmöglichkeiten in Richtung auf assoziative Koordination erkennen, z.B. bei Fair Trade“. Einzelaspekte - eine Absprache über Fördermengen - findet man sogar bei einer Organisation wie der OPEC.

„Eine assoziative Steuerung der Wirtschaft ermöglicht auch, die Forderung, der Staat solle sich aus der Wirtschaft zurückziehen, positiv aufzunehmen: Je mehr die Beteiligten in einer Assoziation in Bezug auf Naturverbrauch, Produktionsbedingungen, Qualität der Waren usw. selber regeln, um so weniger muss dies durch den Staat geschehen. - Wesentlich ist, dass die Assoziationen kein neues Modell sind. Sie können und dürfen nicht von außen gestaltet oder gar verordnet werden. Damit würde man sich wie beim Marktmodell der wirtschaftlichen Realität gegenüberstellen, wir stehen aber in der wirtschaftlichen Realität und damit ‚in der Retorte‘. Der Ansatz des assoziativen Wirtschaftens ermöglicht es, Entwicklungen zu sehen und zu verstehen, Krisen in ihrer Bedeutung einzuschätzen. Es wird möglich zu fragen, welche Schritte in Richtung einer assoziativen Entwicklung erforderlich sind und auch zu fragen, was man selbst dazu beitragen kann.“**

Arbeit ermöglichen, nicht bezahlen

Durch die geschilderten Merkmale wären Assoziationen die Orte, an denen die Selbstversorgungsmentalität, die im Gegensatz zur objektiv arbeitsteilig-altruistischen Ökonomie steht, überwunden werden kann. „Die Assoziation ermöglicht nun, den objektiven Altruismus der Arbeitsteilung auch subjektiv zu erleben. Damit wird nicht mehr die Bezahlung meiner Arbeit, sondern die Leistung für den anderen zum Motiv des Handelns. An die Stelle der Bezahlung der Arbeit tritt die Teilung des Ertrages, der sich aus den Leistungen und den in der Assoziation erzielten Preisen ergibt. Aus der Arbeitsbezahlung wird eine Ertragsteilung.“*** Nicht mehr vergangene Arbeit wird bezahlt, sondern die künftige

* In einem dem Verfasser vorliegenden unveröffentlichten Text. Alle weiteren Zitate sind ebenfalls dort entnommen.

** Harald Spehl, a.a.O.

*** Spehl, a.a.O.

Arbeit wird ermöglicht. Einkommen wird zum Kredit, der es dem einzelnen ermöglicht, seine Fähigkeiten für andere zu entfalten. Das alles geschieht selbstverständlich nicht automatisch. Es geht um Lernorte, an denen eine Entwicklung weg vom „Sinn des Habens“ (Marx) zum Motiv des Gebenwollens gelingen kann.

Assoziative Wirtschaft braucht neue rechtliche Rahmenbedingungen

Gegenüber der neoliberalen Globalisierung, die einer von Konzernen und Finanzmärkten bestimmten Ökonomie zur gesellschaftlichen Hoheit zu verhelfen droht, gilt es, die Fähigkeit der Demokratie wieder herzustellen, überhaupt der Ökonomie einen rechtlichen Rahmen zu setzen, der verhindert, dass sie der Sozialbindung entgleitet. Das beginnt mit dem Kampf gegen Kinderarbeit und brutalste Formen der Ausbeutung in den Ländern des Südens, endet aber nicht dort, sondern reicht bis zu einer grundlegenden Erneuerung der Rechtsformen, die für die Ökonomie relevant sind: Wer über neue Formen des Eigentums an Unternehmen und an Grund und Boden, wer über eine Reform der Geldordnung nicht sprechen will, der soll über eine neue Ökonomie schweigen.

Wenn wir die Arbeitsbezahlung zugunsten einer Arbeitsermöglichung (aus der Teilung des Ertrags) überwinden wollen, dann müssen wir den Zustand überwinden, dass Unternehmen und Ertrag einzig den Kapitaleignern gehören, d.h. wir müssen uns für eine Eigentumsform einsetzen, die einerseits vollständige Distanz wahrt zum staatsbürokratischen Kollektiveigentum, aber andererseits ebenso zum privatkapitalistischen Eigentum. Es geht um ein „operatives Eigentum“, das eine unternehmerische Nutzung der Produktionsmittel als Instrument des Tätigwerdens in der Fremdversorgung ermöglicht, jedoch zugleich verhindert, dass Unternehmen zu veräußerbaren Vermögenswerten von „Anlegern“ werden. In diesem Sinne ist das Kapital zu neutralisieren. Eine solche Eigentumsreform ist im Großen zu erstreben, kann aber heute bereits ansatzweise praktiziert werden, wobei es verschiedene Anknüpfungsmöglichkeiten an bestehende Rechtsformen gibt - von der Stiftung bis zur Genossenschaft. Letztlich könnten aber auch neue Rechtsformen entstehen. Genauso unvereinbar mit einer solidarischen Ökonomie ist die Veräußerbarkeit von Grund und Boden. Auch hier muss es Formen geben, die gleich weit von staatsbürokratischer Bodenverwaltung und von der heute bei uns bestehenden Form des Bodenrechts entfernt

„Das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen ist umso größer, je weniger der Einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich beansprucht, d.h. je mehr er von diesen Erträgnissen an seine Mitarbeiter abgibt und je mehr seine Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden. Alle Einrichtungen innerhalb einer Gesamtheit von Menschen, welche diesem Gesetz widersprechen, müssen bei längerer Dauer irgendwo Elend und Not erzeugen.“ (Rudolf Steiner, Geisteswissenschaft und soziale Frage)

sein müssen. Boden muss genutzt werden können, zum Wohnen, zur Landwirtschaft usw., aber wo individuelle Nutzung herrscht, muss eine Kompensation an die Gemeinschaft erfolgen, in welcher Form auch immer, etwa als Bodennutzungsausgleich oder Pacht. Es kann nur ein Nutzungseigentum am Boden geben, jedoch keine Rentenbildung, die den gesellschaftlichen Reichtum zu Gunsten der Bodenbesitzer umverteilt. Ähnliches gilt für den Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

Und schließlich muss es eine Rückbindung der Geldprozesse an den realwirtschaftlichen Prozess geben, die die Zinseszinsdynamik mit ihren Wachstumszwängen ausschaltet und das Geld auf seine eigentlichen Funktionen - Kaufen, Leihen und Schenken - hinlenkt. Dorthin zu gelangen gibt es verschiedene Handlungsansätze, von denen einer die Regionalgeldbewegung ist.

All diese Punkte können hier nur angedeutet werden. Die Wege zur ihrer Realisierung sind in verschiedenen Teilen der Erde unterschiedlich. In Ländern mit brachen Flächen, riesigem Großgrundbesitz und einer großen Masse landloser Bauern gibt es andere Handlungsansätze für die Bodenfrage als in dichtbesiedelten Industriestaaten, in denen die Landwirte nur einen kleinen Bruchteil der Bevölkerung ausmachen. Die Grundrichtung der Veränderung ist jedoch dieselbe: hin zu einer modernen sozialen Boden-, Geld- und Eigentumsordnung.

Praktische Ansätze im Kleinen

Noch stehen die Ansätze zu einer anderen Ökonomie erst am Beginn ihrer Entwicklung, die vielfach von Rückschlägen bedroht ist. Dennoch: auch wenn es kaum Beispiele eines reifen, „ausgewachsenen“ Assoziationswesens gibt, so gibt es doch viele Initiativen, die in dieser Richtung unterwegs sind. Wir finden sie z.B. im fairen Handel und in der Naturkostszene. In dieser Zeitschrift wurden immer wieder solche Beispiele geschildert: Die Arbeit von SEKEM in Ägypten, das Maikaal-Projekt in Indien, mit der Vermarktung von Produkten aus ökologischer Baumwolle in der Schweiz, das Experiment „Verbund freie Unternehmensinitiativen“ und viele andere mehr. Der Gedanke einer verantwortlichen Partnerschaft und Zusammenarbeit von der Produktion bis zum Endverbrauch liegt so sehr „in der Luft“, dass unterschiedlichste Initiativen in verschiedenen Regionen der Welt Schritte in diese Richtung unternehmen. Oft wissen sie nicht einmal etwas voneinander. Darum sind Veranstaltungen wie der Kongress Solidarische Ökonomie so wichtig.

Bedingungsloses Grundeinkommen als Einstiegspunkt

Ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg heraus aus der Globalisierungsfalle und hinein in eine menschenwürdige Gesellschaft kann das bedingungslose Grundeinkommen sein. „Wir brauchen das bedingungslose Grundeinkommen, weil im klassischen Erwerbsarbeitssektor nicht mehr die Arbeitsplätze entstehen werden, die für ‚Vollbeschäftigung‘ nötig wären. Wir brauchen es, weil permanentes Wachstum der materiellen Produk-

Neuer Kaffeekodex die Bohne wert?

Für Naturland und das Fair Handelshaus gepa ist die auch als Kaffeekodex oder 4C-Kaffee bezeichnete Initiative der Kaffeebranche weder eine adäquate Antwort auf die Probleme der Kaffeebauern noch garantiert sie eine nachhaltige Kaffeeproduktion. Der Kodex lässt das Thema „Fairer Preis“ außen vor und kann dadurch zwangsläufig nicht halten, was er verspricht, nämlich die Lebensverhältnisse von 25 Millionen Kaffeeproduzenten zu verbessern. „Nur bio-fairer Kaffee wird den Bauern und der Umwelt gerecht. Initiativen wie der Kaffeekodex, die den Mainstream-Kaffee letztlich aufwerten, ohne die wirklichen Probleme anzugehen, sind in keiner Weise mit den Standards des Fairen Handels und des ökologischen Anbaus zu vergleichen“, kommentieren Hans Hohenester, Präsidiumsvorsitzender von Naturland und gepa-Geschäftsführer Thomas Speck den Kaffeekodex.

Das größte soziale Problem im Kaffeeanbau ist der extrem schwankende Weltmarktpreis, dessen Ausschläge über das Schicksal von Millionen von Kaffeebauern entscheiden. Ein neuer Kodex, der das Thema Preis nicht behandelt, nimmt auch nicht die Probleme der Kaffeebauern ernst. Die Mindeststandards des Kodex im Umweltbereich mögen dazu beitragen, dass schlimmste Umweltsünden wie die Rodung von Urwald oder der Einsatz geächteter Pestizide im Kaffeeanbau vermieden werden, eine nachhaltige Produktion garantieren sie aber nicht. Naturland und gepa begrüßen ausdrücklich jede Initiative, die sich dafür einsetzt, dass Mindeststandards in der konventionellen Kaffeeproduktion eingehalten werden. Doch zwischen der Vermeidung von Umweltsünden und nachhaltiger Kaffeeproduktion ist ein großer Unterschied.

Kaffeekodex - was kommt bei den Bauern an?

Aus Sicht von Naturland und Fair Handelshaus gepa geht die Rechnung für die Bauern nicht auf. Sie verpflichten sich in dem Kodex gewisse Standards in der Kaffeeproduktion einzuhalten, bekommen dafür aber im Gegenzug weder eine Garantie, dass die Kaffeekonzerne möglichst viel von dem Kaffee aufkaufen, noch einen Preisaufschlag. Ein Mehrpreis für soziale Entwicklung, wie die Sozialprämie im Fairen Handel ist nicht vorgesehen. „Im Fairen Handel dagegen haben die Kleinbauerngenossenschaften einen Anspruch auf Mindestpreise mit Zuschlägen für soziale und ökologische Aufgaben, auf den sie sich verlassen können“, so gepa-Geschäftsführer Thomas Speck.

Pressemeldung vom 01.12.2006, <http://www.gepa.de>, presse@gepa.org, naturland@naturland.de

tion immer weiter in die ökologische Katastrophe führen muss. Wir brauchen das Grundeinkommen, weil ein immer größerer Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit Bildungsarbeit, Umweltaarbeit, Gesundheitsarbeit, Kulturarbeit und so weiter ist und weil man gerade diese Arbeit nicht mehr auf die herkömmliche Art - durch Arbeitsbezahlung - mit dem Einkommen in der Höhe ausstatten kann, das sie erst im notwendigen Umfang möglich macht. Wir benötigen das Grundeinkommen, weil moderne Menschen den Freiraum brauchen, durch

den sie Initiative ergreifen können. Ein bedingungsloses Grundeinkommen wird diese Initiativkräfte der Menschen anregen und etwas auslösen, was Arbeitszwang - wie ihn hierzulande Hartz IV implementiert - niemals vermag. Wir brauchen das bedingungslose Grundeinkommen, weil nur mit ihm die durch Produktivitätsentwicklung freigesetzte Arbeitskapazität in die heute unterversorgten Aufgabenfelder gelenkt werden kann. Nur mit Hilfe des bedingungslosen Grundeinkommens werden die Menschen vermehrt die Muße finden, die zu einem sinnerfüllten Leben dazugehört, - den Raum, sich anderen zuzuwenden und sich selbstbestimmt entwickeln zu können. Zum Gelingen all dessen müssen keine vollkommenen Menschen vorausgesetzt werden, sondern entwicklungsfähige. Raum für Entwicklung schaffen, ist vielleicht die wichtigste Funktion des Grundeinkommens.“* Für den Süden wäre bereits ein für unsere Verhältnisse äußerst bescheidenes, aber eben bedingungslos ausgezahltes Grundeinkommen, wie es Organisationen wie FIAN fordern, für viele Menschen ein Weg heraus aus dem Hunger.

Auf die Probleme der Umsetzung, Ausgestaltung und Finanzierung eines solchen Grundeinkommens ist der Verfasser an anderer Stelle ausführlich eingegangen. Hier sei nur betont, dass ein solches Grundeinkommen die Arbeitsbezahlung zwar ein Stück weit zurückdrängt, ohne sie indes vollständig zu überwinden. Deshalb sollte man das bedingungslose Grundeinkommen als Einstieg in eine Entwicklung sehen, die zu einer assoziativen, solidarischen Ökonomie in einer Gesellschaft führt, die zugleich die Freiheit des geistig-kulturellen Lebens und umfassende und gleiche demokratische Teilhabe für jeden Menschen garantiert.

Zivilgesellschaft: Von der Protestbewegung zur Alternativenbewegung

Seit der WTO-Konferenz in Seattle 1999 hat die globale Zivilgesellschaft als dritte Kraft neben den Akteuren der konventionellen Ökonomie und den staatlichen Akteuren die Weltbühne betreten. Sie setzt der neoliberalen Globalisierung Widerstand entgegen, zugleich aber ist sie im „offenen Raum“ (Chico Whitaker) der Weltsozialforen in eine umfassende Diskussion über Alternativen eingetreten, über die Möglichkeit einer anderen Welt. Die Auseinandersetzung um den Weg dorthin hat erst begonnen. Aber es ist für die Zukunft der Erde und der Menschheit von großer Bedeutung, wie dieser Weg weiter beschritten wird, wie es dabei zu einem wirklichen Paradigmenwechsel kommt und der Rückfall in altes Denken vermieden wird.

Die Bewegung für fairen Handel gliedert sich mit anderen Initiativen zur Erneuerung der Ökonomie in diesen Strom zivilgesellschaftlichen Engagements ein. Der faire Handel ist keine vielleicht liebenswerte, aber letztlich doch irrelevante Nischenerscheinung. Er ist vielmehr ein Stück Welt von morgen, an der wir heute schon mitbauen können.

* Christoph Strawe: Überlegungen zur Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens, Beitrag für den Ende 2006 bzw. Anfang 2007 erscheinenden Tagungsband „Karlsruher Symposium Grundeinkommen: bedingungslos“. Vgl. Sozialimpulse, Heft 3/2006.

Was ist solidarische Wirtschaft?

Paul Singer

Die solidarische Wirtschaft wurde zu Beginn des Industriekapitalismus von Arbeitern als eine Antwort auf die Armut und die Arbeitslosigkeit eingeführt, die sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts aus der ‚deregulierten‘ Verbreitung der Maschinen und des Dampfmotors ergaben. Die Genossenschaften waren Versuche der Arbeiter, unter Ausnutzung der neuen Produktivkräfte Arbeit und wirtschaftliche Autonomie zurückzuerobern. Ihre Struktur richtete sich nach den Werten der Arbeiterbewegung, Gleichheit und Demokratie, zusammengefasst in der Ideologie des Sozialismus. Die erste große Woge der Produktionsgenossenschaften ergab sich in Großbritannien zeitgleich mit der Ausbreitung der Gewerkschaften und dem Kampf für das allgemeine Wahlrecht. Das solidarische Unternehmen lehnt die Trennung zwischen Arbeit und Besitz der Produktionsmittel, anerkanntermaßen die Grundlage des Kapitalismus, ab. [...]

Das Kapital des solidarischen Unternehmens ist im Besitz derer, die in ihm arbeiten, und nur von ihnen. Arbeit und Kapital sind miteinander verschmolzen, weil alle, die arbeiten, Eigentümer des Unternehmens sind und weil es keine Eigentümer gibt, die nicht im Unternehmen arbeiten. Und das Eigentum am Unternehmen ist unter allen Arbeitern gleich verteilt, damit alle das gleiche Entscheidungsrecht über den Betrieb haben. Solidarische Unternehmen werden im Allgemeinen von Genossen verwaltet, die für diese Funktion gewählt sind und sich nach Regeln richten, die in Vollversammlungen der Genossen oder, wenn das Unternehmen zu groß ist, in - von allen Arbeitern gewählten - Delegiertenräten beschlossen worden sind. [...]

Tatsächlich gibt es im solidarischen Unternehmen keinen Profit, weil kein Teil seiner Einnahmen proportional zu den Kapitalquoten verteilt wird. Das Unternehmen kann Darlehen bei den eigenen Genossen oder bei Dritten aufnehmen und sucht, den (internen oder externen) Gläubigern die niedrigsten Marktinzinsen zu zahlen. Die solidarische Wirtschaft besteht vorwiegend aus Unternehmungen, die wegen ihres Ursprungs wirklich demokratisch und egalitär sind und diese Eigenschaften in ihrer täglichen Praxis immer wieder bestätigen. [...]

In Brasilien entsteht die solidarische Wirtschaft in dieser historischen Phase wahrscheinlich als Antwort auf die große Krise von 1981 bis 1983, als viele Industrien, sogar einige der großen, um einen Vergleich bitten müssen oder in Konkurs gehen. In dieser Zeit bilden sich die Genossenschaften, die die Firma Wallig (Ofen-Industrie) in Porto Alegre übernehmen, oder die Cooperminas, die eine stillgelegte Kohlenmine in Crisciuma (Santa Catarina) wieder ausbeutet, und die Genossenschaften, die (in Recife und in São José dos Campos) die Fabriken der traditionellen Bettdeckenfirma Parahyba betreiben. All diese Kooperativen setzen bis heute den Betrieb fort. Die Schließung von Fabriken und die Entlassung einer großen Anzahl von Arbeitern setzte sich in den achtziger und neunziger Jahren - den beiden ‚verlorenen‘ Jahrzehnten - fort.

Aus: Paul Singer: Solidarische Ökonomie in Brasilien heute: eine vorläufige Bilanz. http://www.solidarische-oekonomie.de/media/texte/singer_solidarische_oekonomie_in_brasilien.pdf. Paul Singer ist Staatssekretär für solidarische Ökonomie in Brasilien. Ca. 1 Mio. Menschen leben dort von der solidarischen Ökonomie. Die Regierung Lula hat es sich auf die Fahnen geschrieben, Kooperativen zu unterstützen.